

EU im Dauerstress und inmitten ungelöster Fragen

„Green Deal“ – ja, aber mit weniger Bürokratie. Mehr Wettbewerbsfähigkeit soll Europas Überleben sichern **VON HAJO FRIEDRICH**

Die Europawahlen sind gelaufen. Jetzt stehen vor allem in den Brüsseler Hinterzimmern die Weichenstellungen für die Ausrichtung der Gemeinschaft an. Das Handwerk könnte diese Übergangszeit nutzen. Und etwa nachhaltig dem EU-Abgeordneten Manfred Weber verständlich machen, welches genau ihre Probleme und Sorgen mit Brüssel sind. Und wie der CSU-Politiker in den kommenden fünf Jahren seinen enormen Einfluss geltend machen kann, sowohl in der europäischen Volksvertretung als auch auf Programm und Personal der sich abzeichnenden „Von-der-Leyen-II“-Kommission.

Denn der studierte Ingenieur aus Niederbayern leitet die mit rund 190 Abgeordneten größte Fraktion (Europäische Volkspartei; EVP) im 720-köpfigen Parlament, der auch die



Illustration: dieKleiner.de



Manfred Weber
EVP-Parteivorsitzender
Foto: EVP-Fraktion

29 deutschen CDU- und CSU-Abgeordneten angehören. Als EVP-Präsident hat er auch direkten Zugang zu fast der Hälfte der 27 EU-Staats- und Regierungschefs.

Für die Anliegen der Landwirte hat sich der 51-Jährige in den vergangenen Monaten kräftig ins Zeug gelegt und erreicht, dass etwa einige bürokratische Auflagen für Subventionsempfänger zurückgenommen wurden. Noch viel mehr zu tun bleibt, damit auch im Blick auf künftige Wahlen Handwerk und Mittelstand die EU eher als Bündnispartner denn als Bedrohung sehen. Statt sich etwa mit einem zahnlosen „KMU-Beauftragten“ abspeisen zu lassen, könnte das Parlament vielmehr darauf drängen, dass der künftigen EU-Spitze auch ein kompetenter und einflussreicher Kommissar für Handwerk und KMU angehört.

Eher auf leisen Sohlen und mit einigen Tiefschlägen ist Weber in den letzten 20 Jahren vom Brückenbauer zu einem der einflussreichsten Strippenzieher auf dem EU-Parkett geworden. Doch Weber weiß auch, dass er für die traditionelle Große Koalition im EU-Parlament die Sozialdemokraten und Liberalen braucht. Gelegentlich auch die Grünen, die allerdings nach den Europawahlen so geschwächt sind, dass sie um Mitsprache buhlen müssen.

Rechte Wahlgewinner

Die größte Sorge der EU-Machtelite ist allerdings, dass sich im politischen Spektrum rechts der EVP starke Gruppierungen oder gar Mehrheiten bilden könnten, die erheblich weniger EU, mehr Nationalstaat und teilweise die Gemeinschaft sogar aufkündigen wollen. Größter Wahlgewinner sind bereits die von der italienischen Regierungschefin Giorgia Meloni angeführten „Europäischen Konservativen und Reformen“. Die EKR hat bereits die geschwächten Liberalen überholt und bildet künftig voraussichtlich die drittgrößte Fraktion in Straßburg.

Weder Personaltableau noch Arbeitsprogramm der künftigen EU-Kommission stehen heute fest. Doch eines ist gewiss: Auch nach den Wahlen bleibt Europa im Krisenmodus und die Herausforderungen dürften sich eher noch vergrößern. Kein Ende des Leids und auch des wirt-

schaftlichen Schadens ist in Sicht in Putins Krieg gegen die Ukraine. Seine erklärte Feindschaft gegenüber dem Westen bedroht Europas Sicherheit und Wohlstand.

In nahezu allen EU-Ländern sind bereits die Spielräume für Ausgabensteigerungen und Umschichtungen ausgereizt. Erst vor wenigen Tagen hat die EU-Behörde gegen sieben Länder wegen „exzessiver Neuverschuldung“ Defizitverfahren eingeleitet. Dazu zählen auch Italien und Frankreich. Europas Aufrüstung, die dringend gebotene Reparatur maroder Infrastruktur sowie die Klimaschutzgetriebene Transformation der Wirtschaft und Gesellschaft dürften den

Ruf nach erheblich mehr europäischen Krediten und Zuschüssen laut werden lassen. Überhaupt noch nicht in Wirtschaft und Gesellschaft angekommen, ist der von Brüssel vollmundig verkündete „Green Deal“ mit den vielen damit verbundenen Regelwerken. Denn, ähnlich wie die Bundesregierung in Berlin, so dürften inzwischen auch die Brüsseler Entscheider bereuen, dass sie die damit zunächst auf Bürger und Unternehmen zukommenden Kosten und Anpassungen unterschätzt haben.

Der Kern des Green Deal, Europa klimaneutral zu machen, stehe zwar nicht in Frage. Doch dies müsse mit weniger Bürokratie und detaillierten

Vorgaben geschehen, fordert der Klimapolitische Sprecher der EVP, Peter Liese (CDU).

Hier, wie etwa auch bei den ehrgeizigen Klimaschutzvorgaben für Fahrzeuge – Stichwort: Verbrenner-Ausdürfte Ursula von der Leyen (CDU) den Ehrgeiz der Eurokraten zurückschrauben – sollte sie denn, wie gegenwärtig zu erwarten ist, die Zustimmung für eine zweite Amtszeit erhalten.

Leerformel Bürokratieabbau

Und was wird aus den vielen Schlagworten des Europawahlkampfes? Werden sie sich in den kommenden Monaten und Jahren wieder nur als Leerformeln erweisen? Beispiel „Bürokratieabbau“: das gehe doch, man muss offensichtlich nur – siehe die Landwirte – laut genug dagegen protestieren. Doch selbst Europaabgeordnete der CDU/CSU und der FDP räumen ein, dass es in einem Raum zwischen Irland und Zypern – vor allem bei Regelwerken mit finanziellen Auswirkungen – ohne strenge Regeln, wie Prüfungen und Berichtspflichten nicht geht. Daran dürfte sich auch in Zukunft nichts ändern.

Auch für das deutsche Handwerk gilt: EU-Lobbying fängt in den Hauptstädten an. So dürfen Berlin und die Länder bei der Umsetzung von EU-Vorschriften nicht länger drauf-satteln. Nicht selten machen Amtsstuben aus einem europäischen Solen ein deutsches Müssen. Und immer noch ist das größte EU-Land oftmals – mangels europapolitischer Koordinierung in der Bundesregierung – bei für die Wirtschaft wichtigen Themen im Kreis der 27 Mitgliedstaaten nicht sprechfähig und muss sich bei Abstimmungen enthalten.

Kaum einen Nutzen für das Handwerk haben dürfte auch die allerorten geforderte „Wettbewerbsfähigkeit“ der europäischen Wirtschaft. Denn in der Praxis dürfte diese Wohlhülle meist nur Milliardensubventionen für einige systemrelevante Konzerne und von Industriensiedlungen kaschieren. Das Handwerk wird in den Brüsseler Amtsstuben dagegen nach wie vor eher als vernachlässigbar, „industriennahe Dienstleistung“ abgeheftet.

ZITATE

Reaktionen zur EU-Wahl

„

Die Parteien sind aufgerufen, pragmatische und praxisnahe Lösungen zu entwickeln und dabei deutlich mittelstandsorientierter ihre politischen Entscheidungen zu treffen. Handwerksbetriebe brauchen eine Gesetzgebung, die ihre spezifischen Bedürfnisse von Anfang an mitdenkt und die sich an ihnen ausrichtet.“

Jörg Dittrich
Präsident des Zentralverbands des Deutschen Handwerks (ZDH)

„

Die Verluste der Grünen und die Schwäche der SPD werden die Arbeit der Ampel weiter erschweren. Man kann davon ausgehen, dass die Koalitionsparteien sich nun auf den nahenden Bundestagswahlkampf konzentrieren. Größere wirtschaftspolitische Reformen für den Wirtschaftsstandort sind wohl nicht mehr zu erwarten.“

Prof. Clemens Fuest
Präsident des Wirtschaftsforschungsinstituts Ifo

„

Das Ergebnis der Europawahl ist ein klarer Auftrag an alle demokratischen Kräfte. Wenn das Parlament seine Arbeit beginnt, muss es im Geiste der demokratischen Grundordnung um ein Regieren mit gesundem Menschenverstand gehen.“

Rainer Reichhold
Handwerk BW (Baden-Württemberg)

„

Das oberste Ziel muss sein, dass die europäischen Institutionen jetzt schnell handlungsfähig werden, um inhaltlich konstruktiv arbeiten zu können. Die Europäische Union steht vor großen Herausforderungen, die zügig angepackt werden müssen.“

Franz Xaver Peteranderl
Präsident des Bayerischen Handwerkstags

„

Die Wahlergebnisse sollten für alle politischen Kräfte Ansporn sein, die Lebensbedingungen und -perspektiven der Menschen zu verbessern. Die Wählerinnen und Wähler wollen mehrheitlich ein starkes Europa, das ihnen Sicherheit gibt und für Gute Arbeit sorgt. Wir werden die politisch Verantwortlichen in den kommenden Monaten daran messen.“

Yasmin Fahimi
DGB-Vorsitzende

„Auf Parlamentsebene wird es schwieriger“

Fabian Zuleeg, Chief Economist am European Policy Centre, zu den Auswirkungen des Rechtsrucks bei der Europawahl auf den Wirtschaftsstandort EU, möglichen Bürokratieabbau und was bei der Einführung von Strafzöllen gegenüber China drohen könnte **INTERVIEW: FRANK MUCK**



„Das Thema Kapitalmarktunion sollte ganz oben auf der Liste stehen. Damit kann man wirklich Wettbewerbsfähigkeit stärken.“

Fabian Zuleeg
Chief Executive und Chief Economist des European Policy Centre in Brüssel
Foto: EPC

in einer sehr vernetzten, globalen Wirtschaft und es gibt viele Themen, die eigentlich nur im internationalen Rahmen zu lösen sind. Das Thema künstliche Intelligenz lässt sich natürlich nicht nur auf nationaler Ebene besprechen. Dafür braucht es eine europäische Regelung und man muss sich fragen, welche Auswirkungen das auf die Weltwirtschaft hat.

Vielleicht noch mal zur grundsätzlichen Einordnung des Ergebnisses. Die Ampel-Parteien haben zwar jetzt bei der Europawahl stark verloren, aber ist das nicht auch ein typisches Element von Wahlen, dass die amtierende Regierung eher abgestraft wird?

Auf europäischer Ebene ist die Wahl sehr oft eine Bewertung der jeweiligen Regierung. Es geht vielfach um nationale Themen und das war auch dieses Mal wieder der Fall. Ich glaube aber, dass wir in einer Welt leben, in der wir ein funktionierendes Europa-Parlament brauchen und die europäische Politik brauchen. Es gibt viele Entscheidungen, die nur auf dieser Ebene getroffen werden können. Aus dieser Perspektive betrachtet ist es problematisch, wenn wir einerseits ein Parlament haben, was nicht so gut funktionieren kann und andererseits Regierungen, die geschwächt sind durch so ein Ergebnis.

Wie schätzen Sie das ein? Warum konnte zum Beispiel das Bündnis Sahra Wagenknecht der AfD gar nicht so viele Wähler wegnehmen, wie erwartet wurde?

Ich denke, es ging erst einmal vielen Wählern darum, die Politik der Koalition zu bestrafen. Man hat sich deswegen nicht unbedingt gegenseitig die Stimmen abgejagt. Das heißt aber nicht, dass da nicht solche Tendenzen dahinterstehen. Inwiefern sich solche Zahlen behaupten, wird man bei den Landtagswahlen sehen.

Tendenziell linken Parteien, in diesem Fall der Ampel Regierung, schreibt man eher eine Regelungs-wut zu, weil sie stärker auf den behütenden Staat setzen. Können die Betriebe in Deutschland jetzt damit rechnen, dass die Entbürokratisierung stärker in den Vordergrund rückt?

Das halte ich für unwahrscheinlich. Der Wunsch nach Entbürokratisierung beruht auf einem Missverständnis darüber, warum wir diese Bürokratie haben und wie einfach es ist, das anzugehen. Die meisten Gesetze haben wir aus gutem Grund. Das sind vielleicht nicht die Gesetze, die gewisse Gruppen gerne haben würden, aber es ist selten, dass sie gar keinen Zweck erfüllen. Es stehen auch immer Interessen dahinter und wenn man versucht, solche Gesetze abzuschaffen, werden diese Interessen mobilisiert. Auch Unternehmen profitieren von Teil von solchen Regelungen. Dazu kommt, dass wir auf europäischer Ebene nur beschränkte Instrumente zur Verfügung haben. Auf nationaler Ebene kann man zum Beispiel auch über öffentliche Ausgaben steuern. Man hat andere Mittel zur Verfügung, wie zum Beispiel die Steuergesetzgebung. Um auf europäischer Ebene Ziele umzusetzen, braucht es eben immer eine Gesetzgebung. Das wird auch weiterhin der Fall sein.

Kann die nationale Umsetzung eventuell ein Vorteil sein, weil es schneller geht?

Es kann natürlich ein Vorteil sein, aber die Gefahr liegt darin, dass wir dann starke Differenzierungen bekommen. Gewisse Länder werden das Thema deutlich anders umsetzen als andere. Es wird dann sehr schwierig, im Binnenmarkt zu agieren, wenn zwar die gleichen grundsätzlichen Regeln gelten, aber diese so unterschiedlich angewendet werden, dass es sich wie ein fragmentierter Markt anfühlt.

Noch mal national versus international: Sind Handwerksbetriebe von den Auswirkungen des Wahlergebnisses überhaupt betroffen, wo sie doch zum größten Teil nicht außerhalb der Grenzen Deutschlands ihre Umsätze generieren?

Die Wirtschaft ist inzwischen stark vernetzten. Lieferketten sind global. Natürlich sind vor allem die großen Firmen in Deutschland davon abhängig, wie sich die Weltwirtschaft entwickelt. Das wird sich trotzdem auf die Handwerksbetriebe auswirken. Ob man das dann direkt sieht, ist eine andere Frage. Wir leben jedoch

chen seit sehr langer Zeit von der Kapitalmarktunion und die Widerstände auf nationaler Ebene sind weiterhin sehr stark. Es wäre schön, wenn wir dieses Projekt jetzt tatsächlich angehen. Damit kann man wirklich Wettbewerbsfähigkeit stärken und konkret etwas verändern für Unternehmen. Das Thema sollte ganz oben auf der Liste stehen. Wir müssen die Widerstände, die es auf nationaler Ebene noch gibt, jetzt überwinden, weil das Thema sehr zukunftsweisend für die Wirtschaft der Europäischen Union ist.

Ist die Umsetzung jetzt schwieriger geworden mit der politischen Ausrichtung?

Es ist nicht unbedingt die politische

Ausrichtung, die es schwieriger macht. Immer wieder sagen Politiker aus der politischen Mitte, dass sie Sinn und Zweck einsehen, dass sich das politisch jedoch nicht umsetzen lasse. Man fürchtet, dass Populisten Stimmungen gegen solche Projekte ausnutzen und man bei Wahlen abgestraft wird.

Die EU führt ja jetzt Strafzölle gegen China ein. Für wie groß halten Sie die Gefahr, dass China einzelne EU-Staaten gegeneinander ausspielt? Es wäre ja möglich, dass einzelne Staaten aus-scheren.

Wir werden zweifellos eine Reaktion Chinas sehen. Es ist noch nicht unbedingt klar, ob China wirklich einen

Handelskrieg lostreten möchte. Es kann gut sein, dass auch China sich beschränkt und versucht, nur gewisse Bereiche damit zu treffen. Das kann natürlich auf einer differenzierten Basis Länder sehr verschiedene betreffen. Insofern ist es immer möglich, dass China versucht, Länder gegeneinander auszuspielen. Und ich denke, es ist nicht sehr hilfreich, wenn wir solche Diskussionen darüber, wie hoch solche Zölle sein sollten oder, extern austragen. Wenn wir öffentlich zeigen, dass wir nicht am gleichen Strang ziehen, dann wird es nur einfacher für China.

Halten Sie die Einführung dieser Zölle für klug?

Wir müssen sehr klar sagen, was die Motivation für diese Zölle ist. Außerdem sollte man sehr klar zeigen können, dass es Wettbewerbsverzerrungen auf chinesischer Seite gibt. Das Problem ist hier nicht die geopolitische Lage und es geht hier nicht darum, ein Land abzustrafen, sondern es geht konkret darum, dass ein Land Subventionen oder andere Mittel benutzt, um den Wettbewerb zu verzerren und somit eigene Marktanteile zu sichern. Wenn das der Fall ist, müssen wir dagegen einschreiten.

Müsste man dann nicht auch die USA einbeziehen, die ja durch den Inflation Reduction Act auch stark ihre eigene Wirtschaft stützen und damit Wettbewerbsvorteile erzielen?

Ich denke, man muss alle Länder gleichbehandeln, also auch die Vereinigten Staaten. Allerdings muss man ebenso differenzieren. Es geht um die Frage, was genau ein Land macht. Subventionen zum Beispiel, um grüne Technologien zu fördern, gibt es in vielen Ländern. Wir brauchen also eine viel intensivere internationale Diskussion über diese Instrumente. Im Moment ist noch sehr vieles unklar. Prinzipiell sollten wir uns als Europäer aber weiterhin an die internationalen Regeln halten. Das ist unglaublich wichtig. Ob das jetzt bequem für uns ist oder nicht.

Abschließend eine Frage zum Umgang mit kleinen und mittleren Unternehmen. In der letzten Legislatur ist eigentlich geplant gewesen, einen KMU-Beauftragten einzuführen. Erwartet Sie, dass es den in der nächsten Legislatur tatsächlich geben wird?

Es kann sehr gut sein, dass es einen Beauftragten geben wird – aber nicht nur für den Mittelstand. Auf europäischer Ebene ist die Berücksichtigung eher kleinerer als mittlerer Betriebe ein Problem. Wir müssen in Europa den Mittelstand mehr in den Fokus rücken. Ausnahmen zum Beispiel, die es für kleine Unternehmen gibt, sollten genauso für mittelständische Unternehmen anwendbar sein. Denn dort liegt viel unserer Wirtschaftskraft.

Gibt es genug Ausnahmen für kleine Unternehmen? Ich frage natürlich aus Sicht von Handwerksbetrieben, die aktuell zum Beispiel unter dem Lieferkettengesetz leiden. Alleine die Umsetzung dieses Gesetzes ist ja zum Teil grotesk, wenn man sich die Kleinteiligkeit anschaut.

Gesetze müssen in vielen Bereichen neu überdacht werden, gerade wenn zwar die Zielsetzung nachvollziehbar, aber die Umsetzung problematisch ist und auch die Umsetzung von verschiedenen Gesetzen, die sich zum Teil widersprechen. Wobei man aber auch immer sagen muss, es ist oft nicht die europäische Politik, sondern es ist oft die nationale Umsetzung, die viele dieser Komplikationen mit reinbringt.

